



Fraktionsantrag	Vorlage-Nr: VO/2016/840	
Federführend: FB 5 Regionalentwicklung, Bauen und Schule	Status: öffentlich Datum: 12.04.2016 Ansprechpartner/in: Bearbeiter/in: Buruck, Diana	
Antrag der CDU Kreistagsfraktion zum Fracking-Verbot		
Beratungsfolge:		
Status	Gremium	Zuständigkeit
Öffentlich	Umwelt- und Bauausschuss	Beratung
Öffentlich	Kreistag des Kreises Rendsburg-Eckernförde	Entscheidung

1. Begründung der Nichtöffentlichkeit: entfällt

2. Sachverhalt:

Die CDU Fraktion hat den als Anlage beigefügten Antrag zur Beschlussfassung gestellt.

Anlage/n:

Antrag der CDU Fraktion

CDU-Kreistagsfraktion, Paradeplatz 10, 24768 Rendsburg

An den Vorsitzenden
des Umwelt- und Bauausschusses
des Kreises Rendsburg-Eckernförde
Herrn Reimer Tank

01.04.2016

Antrag

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

der Ausschuss wird gebeten, Folgendes zu beschließen:

Der Umwelt- und Bauausschuss beschließt dem Kreistag zur Beschlussfassung zu empfehlen:

1. Der Kreistag des Kreises Rendsburg-Eckernförde spricht sich angesichts des laufenden Gesetzgebungsverfahrens im Bundestag nachdrücklich für ein vollständiges Fracking-Verbot aus. Fracking gefährdet Lebensgrundlagen für Mensch, Natur, Umwelt, Landwirtschaft, Wirtschaft und Tourismus. Der Kreistag appelliert an die Bundestagsabgeordneten, ein vollständiges Fracking-Verbot zu beschließen. In diesem Zusammenhang wird der Landrat gebeten in einem gemeinsamen Schreiben mit dem Kreispräsidenten, die Bundestagsabgeordneten aus dem Kreis Rendsburg-Eckernförde aufzufordern, sich im weiteren Gesetzgebungsverfahren im Sinne des Bundesratsbeschlusses für ein vollständiges Fracking-Verbot einzusetzen.
2. Kommunen, die sich gegen Frackingplanungen im Kreis Rendsburg-Eckernförde rechtlich zur Wehr setzen, erhalten – sofern gewünscht – Unterstützung des Kreises. Die Kreisverwaltung wird gebeten, hinsichtlich diesbezüglicher Beratungs- und Begleitungsmöglichkeiten einschließlich einer Unterstützung der Kommunen den Ausschüssen und dem Kreistag Vorschläge vorzulegen.

Begründung:

Am 1.8.2013 wurde dem Umwelt- und Bauausschuss des Kreises Rendsburg-Eckernförde in einer Sitzung in Gettorf eine mögliche Wiedererschließung des Altfeldes Schwedeneck-See seitens der RWE DEA vorgestellt. Fragen bzgl. der rechtlichen Voraussetzungen, Erlaubnis, Bewilligung und Planfeststellungsverfahren wurden von einem anwesenden Vertreter vom Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume beantwortet.

Obwohl die Vertreter der RWE DEA auf Nachfrage betonten, dass der Einsatz der Fracking-Technologie und der Injektion von CO² bei der Wiedererschließung der Altfelder ausgeschlossen sei, konnten letzte Zweifel in der Sitzung nicht ausgeräumt werden. Diese Zweifel wurden bestätigt, nachdem das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie in einem Schreiben vom 30.7.2014 an den Kreis Rendsburg-Eckernförde für das Erlaubnisfeld Eckernförde eine Beteiligung gem. Bundesbergbaugesetz zum Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis zur Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen eröffnete. Der Umwelt- und Bauausschuss hat sich in den Sitzungen am 28.8.2014 und 25.9.2014 mit den Möglichkeiten im Beteiligungsverfahren auseinander gesetzt und die Stellungnahme des Kreises Rendsburg-Eckernförde beraten. Die in der Stellungnahme angeführten normativen Ausschlussgründe gegen eine Bewilligung zur Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen gelten lediglich für Teilgebiete des beantragten Erlaubnisfeldes. Das Aufsuchungsgebiet wurde so groß geschnitten, dass Flächen bleiben, die nicht unter Schutz stehen. Die Argumente in der Stellungnahme des Kreises können daher die Erteilung einer Erlaubnis nicht verhindern. Der Erhalt unserer Lebensgrundlagen macht es deshalb erforderlich, diese im Rahmen der aktuellen Änderung des Bergbaurechtes besonders unter Schutz zu stellen.

Mit freundlichen Grüßen

Peter Thordsen
umwelt- und baupolitischer Sprecher der CDU-Fraktion